

Antrag

der Abgeordneten Stefan Keuter, Joachim Wundrak, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Dr. Alexander Gauland, Markus Frohnmaier, Steffen Kotré, Matthias Moosdorf, Eugen Schmidt, Barbara Benkstein, René Bochmann, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Für eine vollumfängliche deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Indien ist eine zunehmend selbstbewusste und aufsteigende Großmacht, die in den nächsten Jahren zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt wird. Dieses Jahr wird Indien voraussichtlich China als bevölkerungsreichstes Land der Welt ablösen. Das Jahr 2023 ist das Jahr Indiens – als Vorsitzender der G20 sowie Gastgeber des Treffens der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Indien stellt seit seiner Unabhängigkeit 1947 seine strategische Autonomie in den Vordergrund und verfolgt, Nehru, einem der Gründungsväter zufolge, zuerst seine nationalen Interessen. Diese außenpolitische Konzeption kann der Bundesrepublik Deutschland als Vorbild dienen. Unter Premierminister Modi verfolgt Indien seit 2014 eine Politik des multilateralen Engagements, unter Wahrung der eigenen strategischen Autonomie. Indien will kein Objekt, sondern ein Subjekt der Geopolitik sein.¹ Für die Bundesrepublik Deutschland stellt Indien einen strategischen Partner dar, mit dem unter den Bedingungen einer zunehmend multipolaren Weltordnung die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen ausgebaut werden sollen. Auch wenn Indien noch eine Vielzahl von Herausforderungen im Inneren zu bewältigen hat, ist es dennoch kein Entwicklungsland mehr, das auf Entwicklungshilfe angewiesen ist. Dies hat die erfolgreiche indische Mondlandung am 23.08.2023 eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Indische Vermittlungsbemühungen im Ukraine-Krieg sind im deutschen Interesse. Indien gehört zu den wenigen Staaten weltweit, die sowohl gute Beziehungen mit den USA als auch mit Russland und China, im Rahmen der wachsenden BRICS-Gruppe und der SOZ, unterhalten. Indien eignet sich daher hervorragend als „ehrlicher Makler“. Deutschland sollte indische Vermittlungsbemühungen im Ukraine-Krieg unterstützen. Führende indische Denkfabriken haben bereits ein verstärktes indisches Engagement nahegelegt.² Von der kopflosen, seinen eigenen wirtschaftlichen Interessen

¹ vgl. S. Saran: How India Sees the World. Kautilya to the 21st Century. Neu-Delhi 2017.

² vgl. www.orfonline.org/expert-speak/india-can-bridge-the-us-russia-divide-over-ukraine/ (zuletzt geprüft am 15.08.2023)

schädigenden Sanktionspolitik des Westens, darunter auch Deutschlands, profitiert Indien, indem es russisches Öl günstig aufkauft und mit einer Gewinnmarge an die Staaten der Europäischen Union weiterverkauft.³

Der Ukraine-Krieg ist keine Ursache, sondern ein Symptom einer Weltordnung im Wandel – hin zur Multipolarität.⁴ Es ist im deutschen Interesse, mit der aufsteigenden Großmacht Indien für eine Reform der internationalen Organisationen einzutreten, die derzeit nach wie vor eine nicht mehr angemessene Dominanz der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs widerspiegeln. Deutschland und Indien sollten bei der Reform des UN-Sicherheitsrates zusammenarbeiten (G4, mit Brasilien und Japan), um eine inklusive, die aufsteigenden asiatischen und lateinamerikanischen Mächte berücksichtigende Weltsicherheitsarchitektur zu errichten und einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für Deutschland und Indien zu erreichen. Das Ziel eines ständigen deutschen Sitzes im UN-Sicherheitsrat wurde bereits von der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder vertreten, jedoch in den letzten Jahren von der deutschen Außenpolitik stiefmütterlich behandelt. So findet sich das Ziel eines ständigen deutschen Sitzes im UN-Sicherheitsrat zwar im Koalitionsvertrag von 1998 (SPD/BÜNDNIS 90/GRÜNE), aber nicht im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung (SPD/BÜNDNIS 90/GRÜNE/FDP).⁵ Schon aufgrund der Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland der zweitwichtigste Geber der Vereinten Nationen weltweit ist, sollte eine angemessene Repräsentanz Deutschlands in dem wichtigsten Gremium der UN gewährleistet sein. Bei der Reform der Weltfinanzinstitutionen Weltbank und Weltwährungsfonds (IMF) sollte Deutschland Indien und die BRICS-Staaten unterstützen, damit diese ihrem weltwirtschaftlichen Gewicht angemessene Anteile an Stimmrechten erhalten.

Zusammen mit Indien sollte Deutschland sich für vertrauensbildende Maßnahmen im Indo-Pazifik einsetzen, flankiert durch die Gründung einer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen nach dem Vorbild der damaligen KSZE (heute OSZE) und auf ein Gleichgewicht der Mächte im Indopazifik hinwirken. Viele Experten, darunter der ehemalige militärische Oberbefehlshaber der NATO in Europa, US-Admiral Stavridis, gehen davon aus, dass ein möglicher weltweiter Krieg aus der Mächtekonkurrenz im Indopazifik resultieren könnte.⁶ Eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten liegt also im unmittelbaren Interesse der Handelsmacht Deutschland, die auf die Sicherheit der Handelswege, insbesondere der global wichtigsten Seehandelsroute über den Indopazifik, angewiesen ist.

Die dynamischen deutsch-indischen Wirtschaftsbeziehungen sollten weiter ausgebaut und vertieft werden. Der Abschluss des EU-Indien Freihandels- und Investitionsschutzabkommens liegt im deutschen Interesse, um mehr Investitionen in den größten Binnenmarkt der Welt zu tätigen und die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu diversifizieren. Im Jahr 2022 ist Indien stärker als China gewachsen und bietet, trotz seiner Bürokratie, ein großes Wachstumspotential für deutsche Unternehmen.

Deutschland sollte darauf hinwirken, dass in den beiden Abkommen keine überzogenen umwelt- oder menschenrechtlichen Standards festgelegt werden, was auch die Forderungen Indiens im Verhandlungsprozess widerspiegelt.

Nach dem Wiedereinstieg in die zivile Nutzung der Kernenergie sollte Deutschland ein Nuklearabkommen mit Indien schließen, um zum beiderseitigen Nutzen in der

³ vgl. www.nytimes.com/2023/08/06/world/europe/putins-forever-war.html (zuletzt geprüft am 15.08.2023) sowie www.handelsblatt.com/politik/international/indien-das-geschaef-mit-russischem-oel-laeuft-so-gut-wie-nie/29132448.html (zuletzt geprüft am 15.08.2023)

⁴ vgl. www.rnd.de/wirtschaft/ukraine-krieg-sigmar-gabriel-warnt-vor-dekade-geopolitischer-unsicherheit-IEWZWQPPDVHGZICJRBCSN5XMNI.html (zuletzt geprüft am 15.08.2023)

⁵ vgl. Koalitionsvertrag SPD-BÜNDNIS 90/GRÜNE (1998), www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschlusse/Bundesparteitag/koalitionsvertrag_bundesparteitag_bonn_1998.pdf (S. 46), zuletzt geprüft am 15.08.2023

⁶ vgl. <https://admiralstav.com/2034-2/> (zuletzt geprüft am 15.08.2023)

Kernforschung sowie bei der Errichtung und dem Betrieb von Kernkraftwerken (KKWs) zusammen zu wirken. Indien baut die Kernkraft stark aus: derzeit sind acht KKWs im Bau, die Energieerzeugungsleistung durch Kernenergie soll damit verdoppelt werden.⁷

Indien ist der weltweit größte Rüstungsimporteur.⁸ Indien setzt auch im Bereich der Rüstungsproduktion zunehmend auf „Made in India“. Deutschland sollte die Zusammenarbeit bei der Forschung und Produktion von Rüstungsgütern ausbauen sowie den Export von Rüstungsgütern nach Indien bzw. die Lizenzvergabe für die Produktion deutscher Rüstungsgüter in Indien erleichtern und ausweiten. Bisher profitiert vor allem Frankreich von stark angestiegenen Rüstungsexporten nach Indien.

Im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas sollte Deutschland mit Indien und Japan bei deren Infrastrukturprojekten zusammenarbeiten (Asia Africa Growth Corridor).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. indische Vermittlungsbemühungen im Ukraine-Krieg zu unterstützen;
2. zusammen mit Indien, Brasilien und Japan (G4) für eine inklusive, die aufsteigenden asiatischen und lateinamerikanischen Mächte berücksichtigende Weltsicherheitsarchitektur einzutreten und auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für Deutschland, Indien, Brasilien und Japan hinzuwirken;
3. bei der Reform der Weltfinanzinstitutionen Weltbank und Weltwährungsfonds (IMF) mit Indien die BRICS-Staaten zu unterstützen, damit diese ihrem weltwirtschaftlichen Gewicht angemessene Anteile an Stimmrechten erhalten;
4. zusammen mit Indien sich für vertrauensbildende Maßnahmen im Indo-Pazifik einzusetzen, flankiert durch die Gründung einer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen nach dem Vorbild der damaligen KSZE (heute OSZE) und auf ein Gleichgewicht der Mächte im Indopazifik hinzuwirken;
5. für einen schnellen Abschluss des EU-Indien Freihandels- und Investitionsschutzabkommens, ohne überzogene umwelt- und menschenrechtliche Standards einzutreten, um mehr Investitionen in den größten Binnenmarkt der Welt zu tätigen und die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu diversifizieren;
6. nach dem Wiedereinstieg in die zivile Nutzung der Kernenergie ein Nuklearabkommen mit Indien abzuschließen, um zum beiderseitigen Nutzen in der Kernforschung sowie bei der Errichtung und dem Betrieb von Kernkraftwerken zusammen zu wirken;
7. die Zusammenarbeit bei der Forschung und Produktion von Rüstungsgütern auszubauen sowie den Export von Rüstungsgütern nach Indien zu erleichtern und auszuweiten;
8. im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas mit Indien und Japan bei deren Infrastrukturprojekten zusammenarbeiten (Asia Africa Growth Corridor);

⁷ vgl. <https://pris.iaea.org/PRIS/CountryStatistics/CountryDetails.aspx?current=IN> (zuletzt geprüft am 15.08.2023)

⁸ vgl. www.businessinsider.de/politik/welt/diese-zehn-laender-sind-die-weltweit-groessten-importeure-von-waffen-seit-2018/ (zuletzt geprüft am 15.08.2023)

9. die Entwicklungshilfe im gegenseitigen Einvernehmen zu beenden und durch gemeinsame industrielle Kooperationsprojekte auf Augenhöhe zum beiderseitigen Nutzen zu ersetzen.

Berlin, den 10. Oktober 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion